

Lebensrechtler siegt gegen Abtreibungsärzte



Der badische Lebensrechtler Klaus Annen. Foto: Mathias von Gersdorff

Straßburg (idea) – Flugblätter, auf denen Abtreibungen als rechtswidrig bezeichnet werden, dürfen vor entsprechenden Kliniken verteilt werden. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 26. November in Straßburg entschieden. Das Gericht gab dem badischen Lebensrechtler Klaus Annen (Weinheim bei Heidelberg) recht, der mit Handzetteln vor Arztpraxen gegen die Tötung von ungeborenen Kindern protestiert. Seine Flugblätter enthalten Namen und Adressen und weisen auch auf die Ermordung von Juden durch die Nationalsozialisten hin. In Anlehnung an die deutsche Rechtslage, wonach Abtreibungen rechtswidrig, aber unter bestimmten Voraussetzungen straffrei sind, heißt es bei Annen: „Die Ermordung der Menschen in Auschwitz war rechtswidrig, aber der moralisch verkommene NS-Staat hat den Mord an den unschuldigen Menschen erlaubt und nicht unter Strafe gestellt.“ Dagegen hatten zwei Mediziner vor deutschen Gerichten erfolgreich geklagt und bewirkt, dass Annen seine Aktionen einstellen musste. Der Europäische Gerichtshof befand jedoch, dass der 54-Jährige weder die genannten Ärzte mit Nationalsozialisten noch Abtreibungen mit der Ermordung von Juden gleichgesetzt habe. Daher seien die Persönlichkeitsrechte der Mediziner nicht verletzt worden. Entsprechend Artikel zehn der Europäischen Menschenrechtskonvention sei in diesem Fall die Meinungsfreiheit höher zu bewerten als der Schutz der Persönlichkeitsrechte der Ärzte. Zudem legte der Gerichtshof fest, dass die Bundesrepublik Deutschland Annen rund 14.000 Euro zahlen muss als Entschädigung für die Kosten, die ihm durch die vorherigen Gerichtsverfahren entstanden sind.

ANZEIGE



ideaSpektrum 8 Wochen testen

- ✓ ideaSpektrum 8 Wochen lesen und nur 4 Wochen bezahlen
- ✓ Kostenlos die App für Tablet-PC und Smartphone nutzen
- ✓ Kostenloser Zugriff auf alle Inhalte von idea.de
- ✓ Lieferung frei Haus – Woche für Woche

Jetzt 50% sparen!

Bundesverband Lebensrecht: Eine überfällige Klarstellung

Der Bundesverband Lebensrecht in Berlin begrüßt die Entscheidung als „eine dringend überfällige Klarstellung“. Es gehöre nicht zu den

Aufgaben des Staates, Einrichtungen zu stützen, „in denen massenhaft Kinder vor ihrer Geburt getötet werden“, heißt es in der Stellungnahme des Vorsitzenden Martin Lohmann (Bonn). In einem Europa, das die Menschenrechte achte und Nächstenliebe übe, dürften Kindstötungen nur dann möglich sein, wenn eine lebensbedrohende Notlage für die Mutter vorliegt. Über Methoden und Formulierungen Annens könne man unterschiedlicher Auffassung sein. Unstrittig sei aber, dass er das Grundrecht auf Leben und Unversehrtheit der Person auch für ungeborene Kinder einfordere.